

Wir trauern um Dr. Horst Büscher



Im Alter von 65 Jahren starb am 31. Juli völlig unerwartet Dr. Horst Büscher. Einige Wochen zuvor war er aus den Diensten der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgeschieden, für die er über 15 Jahre in verschiedenen Positionen, zuletzt als Referent für den asiatischen und pazifischen Raum, gearbeitet hatte. Er hoffe auf einen schönen Lebensabend mit seiner Frau, hatte er uns noch im Mai anlässlich der Mitgliederversammlung des Südasiensbüros in Dortmund gesagt. Auch wolle er für unseren Verein und unsere Zeitschrift ein noch wichtigerer Arbeits- und Kooperationspartner sein, als er dies zuvor schon war. Seine Versprechungen setzte er sofort um: In den Bonner Gesprächskreisen des Südasiensbüros engagierte er sich, auf der letzten Mitgliederversammlung wurde er als Berater in den erweiterten Vorstand des Südasiensbüros bestellt, und noch in der letzten Ausgabe von 'Südasiens' trat er als Autor auf. Gerade weil er auf uns immer einen frischen und gesunden Eindruck machte, hat uns die Nachricht von seinem Tod umso mehr getroffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Südasiensbüros trauern um Horst.



SAARC in der Sackgasse?

von Bernd Basting

Das zehnte Gipfeltreffen der südasiatischen Staatengemeinschaft 'South Asian Association for Regional Cooperation' (SAARC) fand Ende Juli in der Hauptstadt Sri Lankas, Colombo, statt.

Die Konferenz begann mit einer Eröffnungsrede der Präsidentin des Gastgeberlandes, Chandrika Kumaratunga. Sie erinnerte die Delegierten daran, daß der SAARC-Gipfel von 1995 in Neu-Delhi dem Thema nuklearer Abrüstung die Priorität gegeben hatte. Dabei stellte sie indes heraus, die Behandlung von Nuklearfragen in Südasiens könne nicht getrennt werden von dem existierenden globalen Sicherheitsumfeld.

Bangladeshs Premierministerin Sheikh Hasina wurde dann deutlicher. Die Zündung der pakistanischen und indischen Atomsprengsätze im Mai hätte innerhalb der SAARC auf diplomatischem Wege verhindert werden können. Vor diesem Hintergrund gemahnte sie die Mitglieder: "Wir dürfen uns darüber nicht von unserem Hauptziel abbringen lassen, nämlich den Problemen des Hungers, der Armut, des Analphabetismus und der Krankheiten in unserer Region den Kampf anzusetzen."

Der Präsident der Malediven, Maumoon Abdul Gayoom appellierte an das Plenum, der in einem "globalen Dorf" immer existentieller werdenden Notwendigkeit zu folgen, in eine Friedensdivi-

dende zu investieren.

Pakistans Premier Nawaz Sharif bemühte sich, die Aufmerksamkeit auf die höchst instabil gewordene Sicherheitslage auf dem Subkontinent zu lenken. Er beschuldigte indirekt Indien, dafür verantwortlich zu sein und forderte für SAARC eine neue Prioritätensetzung. Fortschritt und Entwicklung seien untrennbar verbunden mit der Frage dauerhaften Friedens in Südasiens. Deshalb empfehle er die Gründung einer südasiatischen Initiative für Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Die Initiative solle auch der Thematisierung bilateraler Fragen Raum geben.

Entgegen dem Akzent, den Sharif in seiner Rede zu setzen suchte, plädierte Indiens Premierminister Atal Behari Vajpayee für eine primäre Beschäftigung mit den Rahmenbedingungen zur Verbesserung der ökonomischen Zusammenarbeit in Südasiens. Im Vordergrund müsse die Arbeit an der Verwirklichung einer südasiatischen Freihandelszone stehen. Deshalb seien schnellstmöglich konkrete Schritte zu einer Handelsliberalisierung einzuleiten. Zum Beweis, daß Indien sich stark dafür einsetzen und den

anderen SAARC-Staaten den Zugang zum indischen Markt erleichtern wolle, kündigte er die Aufhebung von Importrestriktionen für über 2.000 Güter und die weitere Reduzierung von Einfuhrzöllen an.

Während Sharif aufgrund der Atomtests von einer neuen Unsicherheitslage in Südasiens und der daraus entstandenen größten Herausforderung für die Gemeinschaft der südasiatischen Staaten sprach, spielte der indische Regierungschef Vajpayee das Thema herunter: "Die Besorgnisse über diese jüngsten Entwicklungen sind fehl am Platze, denn sie bedeuten keinen Rückschlag für SAARC. Indien fühlt sich einer globalen nuklearen Abrüstung ausgesprochen verpflichtet. Sowohl Indiens Sicherheit, wie auch die aller übrigen Staaten der Erde wird künftig am besten durch eine nuklearwaffenfreie Umwelt garantiert werden."

Am Ende des dreitägigen Gipfels verabschiedeten die Delegierten die "Colombo Deklaration". Sie fokussiert die Intention der Mitgliedsstaaten der SAARC, den Lebensstandard der 1,35 Milliarden Menschen in der Region

spürbar anzuheben. Man stimmt darin überein, gegen den Menschenhandel mit Frauen und Kindern, Schuldknechtschaft und Kinderarbeit angehen und die Verabschiedung einer Konvention vorzubringen zu wollen, die eine Steigerung der Wohlfahrt von Kindern, die Entwicklung einer verbindlichen Sozialcharta zur Armutsbekämpfung, zur Rückführung des Bevölkerungswachstums und zur Entwicklung von Humanressourcen anstrebt. Zu diesem Zweck wird in Pakistan ein 'SAARC-Zentrum zur Entwicklung menschlicher Ressourcen' eingerichtet. Durch eine intensivere Kooperation innerhalb der SAARC soll das in allen südasiatischen Ländern noch immer große Problem des Analphabetismus zurückgedrängt werden. Stabilität, Frieden und Sicherheit in Südasiens könnten nicht "isoliert von der globalen Sicherheitsumwelt" betrachtet werden. Obwohl global gesehen die Gefahr nuklear ausgetragener kriegerischer Konflikte geringer geworden sei, hielten sich Staaten noch immer große nukleare Waffenarsenale.

Welche Bilanz des SAARC-Gipfels in Colombo ist nun zu ziehen? Wo steht der SAARC-Prozeß an der Schwelle zum neuen Jahrtausend, 13 Jahre nach Gründung der südasiatischen Assoziation?

Um es vorwegzunehmen: Hatte der vorangegangene Gipfel letztes Jahr in Male mit der engagierten Absichtserklärung, eine südasiatische Freihandelszone 'SAFTA' zu schaffen, noch große Hoffnung im Hinblick auf eine erfolgreiche Entwicklung politischer und ökonomischer Integration in Südasiens geweckt, so erfährt der SAARC-Prozeß jetzt einen jähen Rückschlag.

Die Zusammenkunft der Repräsentanten der sieben SAARC-Staaten auf Sri Lanka zeigte sich von Anfang an überschattet von erheblichen wirtschaftlichen Krisensituationen in der Region, aber vor allem durch die gewachsene Spannungslage zwischen Indien und Pakistan, die durch die Atomtests von Pokhran und Chagai im Mai und der neu eskalierten militärischen Auseinandersetzung entlang der "Line of Control" in Kaschmir verursacht worden ist.

Auf der Konferenz-Agenda in Colombo war die Behandlung solcher aktueller Konfliktmomente, die die künftige Existenz der Staatengemeinschaft überhaupt in Frage stellen könnten, allerdings ausgeblendet. So beeilte sich Sri Lankas Außenminister Lakshman Kadirgamar zu Beginn der Veranstaltung, der versammelten internationalen Presse klarzumachen, daß ausschließlich die Herausforderungen und Probleme Südasiens im Kontext der Globalisierung im Mittelpunkt stünden, und nicht etwa sicherheitspolitische Fragen. Die Aufnahme letzterer in die Agenda hatte noch

zuvor Pakistans Premierminister Nawaz Sharif vehement gefordert, was aber von den übrigen Mitgliedern abgewiesen wurde. Damit beraubte sich die Organisation der Möglichkeit, Moderatoren- und Schlichterfunktion zur Entspannung der belasteten indo-pakistanischen Beziehungen zu übernehmen und verwies das Thema auf ein informelles bilaterales Forum zwischen Sharif und Indiens Regierungschef Vajpayee. Sie tat dies sogar in Übereinstimmung mit der SAARC-Charta. In deren Artikel 102 ist zu lesen: "Bilaterale und strittige Themen sollen von den Beratungen ausgeschlossen sein." Eine große Chance war vertan.

Neben der Verschlechterung des indo-pakistanischen Verhältnisses, wurden auch andere Konflikt-Fragen zwischen den Mitgliedsländern von der Colombo-Agenda ignoriert: Die Antagonismen zwischen Bangladesh und Indien im Zusammenhang mit den Nutzungsrechten der Wasserressourcen des Ganges (Padma) oder mit der jüngsten Weigerung Dhakas, den Führer der assamesischen Separatistenbewegung ULFA, Anup Chetia, der von Indien als Terrorist betrachtet wird, an Neu-Delhi auszuliefern.

Das gestörte Verhältnis zwischen Nepal und Indien, wegen der Errichtung eines indischen Grenzkontrollpostens auf nepalesischem (!) Territorium; oder der Zwist zwischen Bhutan und Nepal über die diskriminierende Behandlung nepalisch stämmiger Bevölkerung in Bhutan durch die bhutanesischen Regierung.

Zu all dem steht in der 13-seitigen Colombo-Deklaration kein Wort, so als ob Südasiens eine paradiesische Region des Friedens und der Konfliktfreiheit sei, in der man nur die beklagenswerte Armut und den Analphabetismus mindern müsse.

Kein Zweifel: Der SAARC-Prozeß ist in eine Sackgasse geraten. Die Sicherheitssituation in der Region ist mit dem anhaltenden Konflikt der beiden größten Staaten des Subkontinents, Indien und Pakistan, um Kashmir und der Nuklearisierung ihrer Streitkräfte prekärer als jemals zuvor. Die Möglichkeit eines Atomkrieges hängt nun wie ein Damoklesschwert über der Region und hat eine qualitativ neue Bedrohungsrealität geschaffen.

Die Etablierung der Freihandelszone SAFTA ('South Asian Free Trade Area') kann nicht, wie noch anno 1997 in Male proklamiert, im Jahr 2001 erfolgen, sondern - wie man jetzt avisiert - erst acht bis zehn Jahre später. Wichtige Wirtschaftsbereiche wie Energie und Finanzdienstleistungen werden bei den SAARC-Aktivitäten außen vor gehalten. Weit entfernt ist man von dem regionalen Integrationsgrad und der Kohäsion, die das große südostasiatische Vorbild

ASEAN erreicht hat. Und die Entwicklung zeigt keinen Fortschritt, sondern zunehmend Rückschläge. Wie Colombo augenfällig dokumentiert, verkommt sogar die jährliche Institution des Gipfeltreffens der SAARC-Regierungschefs bzw. Staatsoberhäupter immer mehr zu einer "Quatschbude". Vielseitige Absichtsbekundungen können darüber nicht hinwegtäuschen, wirken inzwischen eher wie das "Rufen im Walde" oder verzweifelte Traumtänzerei.

Hoffnung, daß der Trend zum sukzessiven Verfall der SAARC noch umgekehrt werden kann, wecken einzig folgende Tatsachen: Im Zeitalter der Globalisierung nach Manchester-Kapitalismus-Manier gibt es gerade für die Weltregionen des Südens keine wirkliche Alternative zu einer verstärkten regionalen Kooperation, wollen sie sich nicht vollkommen dem wirtschaftlichen und auch politischen Diktat des Nordens unterwerfen. Die aufgezeigten Probleme der südasiatischen Staatengemeinschaft sind von ihren Mitgliedern erkannt und offen eingestanden, wenngleich damit auch noch keine Verhaltensänderung einherging. Am deutlichsten äußerte sich dazu Pakistans politischer Führer Sharif, der in Colombo seine Überzeugung formulierte, SAARC bleibe deshalb eklatant hinter den ehemals geweckten Erwartungen zurück, weil man die Diskussion politischer Spannungs- und Konfliktlagen tabuisiere. Aber auch Indiens Vajpayee stellte die Frage: "Wird SAARC in Zukunft die Fähigkeit haben, sich von der reinen Deklaration hin zur Implementierung zu bewegen?" Das SAARC-Gremium der "Gruppe hervorragender Persönlichkeiten" (Group of Eminent Persons, GEP) wurde vor dem Gipfel auf Sri Lanka beauftragt, einen Bericht zu erstellen über die Fortschritte, die der SAARC-Prozeß seit seiner Initiierung 1985 gemacht habe. Der GEP-Report wurde am letzten Konferenztag vorgelegt und stellt unverblümt fest, daß die Assoziation immer noch "sehr weit entfernt" sei von ihrem Ziel, eine regionale Wirtschaftsgemeinschaft zu sein, und daß eine substantielle Zusammenarbeit vornehmlich durch den "Mangel an politischem Willen" behindert würde.

Bekanntlich ist Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung. In Zeiten gewaltiger weltpolitischer und ökonomischer Veränderungen und immer häufiger in verschiedenen Weltgegenden sich erfolgreich vollziehender Regionalisierung wäre es jedenfalls auch den Ländern der SAARC, deren Bevölkerungen insgesamt ein Fünftel der Weltbevölkerung umfassen, zu wünschen, daß sie dereinst eine politisch an einem Strang ziehende und wirtschaftlich eng kooperierende Gemeinschaft werden bilden können.